

Beirat Bremen Vahr

Antrag der Beiratsfraktion der CDU
für die Sitzung des Beirates Bremen Vahr
am 26.01.2016

Wirtschaftsfeindliche Politik der Sozialbehörde stoppen, angemessene Unterbringung der Mieter der Sonneberger Str. 20, 28329 Bremen

Der Beirat Bremen Vahr möge beschließen:

Der Beirat Bremen Vahr ist beunruhigt über das wirtschaftsfeindliche Vorgehen der Sozialbehörde und fordert diese auf, für die derzeitigen Mieter von Gewerbeflächen in der Sonneberger Str. 20, 28329 Bremen, Ersatzflächen für die Ausübung ihren Gewerbes bereitzustellen oder für angemessenen Ersatz zu sorgen. Weiter fordern wir, dass die Sozialbehörde zukünftig vermeidet Verträge abzuschließen, die indirekt in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb eingreifen, damit kein gewerbe- und wirtschaftsfeindliches Klima in der Vahr entsteht.

Begründung:

Die CDU-Fraktion im Beirat Vahr begrüßt, wie schon in der Dezembersitzung des Jahres 2015 erwähnt, langfristige Unterbringungsmöglichkeiten in der Vahr für Menschen die in der Bundesrepublik Deutschland Asyl suchen. Dadurch ergibt sich auch im Beirat Vahr eine bestimmte Planungssicherheit, so dass zum Teil fragwürdige Notlösungen nicht mehr zur Regel werden.

Die Suche nach geeigneten Immobilien darf aber nicht dazu führen, dass engagierte Betriebe aus unserem Stadtteil durch das Verhalten der Behörde verdrängt werden.

Die CDU Fraktion im Beirat Vahr hat kein Verständnis dafür, dass die Sozialbehörde aktiv an der Verdrängung von Gewerbe arbeitet. Solche Verträge wie zwischen der Sozialbehörde und der Kortlepel-Gruppe sind schädlich für die freie Wirtschaft in der Vahr. Der Markt macht zwar den Preis, doch wird so Seiten der Stadt durch falsche Anreize ein Klima geschaffen, welches Anbieter von wohnortnahem Leistungen stark verunsichert oder wie in diesem Fall verdrängt.

Für die angemessene Unterbringung der Mieter hat an dieser Stelle die Stadt, genauer die Sozialbehörde, zu sorgen und nicht die Kortlepel-Gruppe. Das wirtschaftsfeindliche Verhalten der Behörde ist der Auslöser dieser neu geschaffenen Situation. Die Kortlepel-Gruppe handelt hier nach Recht und Gesetz, sowie wirtschaftlich logisch und kann daher nicht dazu verpflichtet werden, für Ersatz zu sorgen. Trotz allem können wir als CDU-Fraktion im Beirat Vahr auch das Verhalten der Kortlepel-Gruppe nicht begrüßen.

Michalik, Haga und die Fraktion der CDU im Beirat Bremen Vahr